

**Antrag 106/I/2024****FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Unterstützung Ukraine**

1 **Im Interesse Deutschlands, Europas und der regelbasier-**  
 2 **ten Weltordnung muss die Ukraine den Krieg gegen die**  
 3 **russischen Aggressoren gewinnen. Deshalb müssen 20 %**  
 4 **der Bundeswehrbestände aller notwendigen Waffensys-**  
 5 **teme und Munition sofort an die Ukraine geliefert wer-**  
 6 **den.**

7  
 8 Seit zehn Jahren zwingt Russland der Ukraine einen bruta-  
 9 len und blutigen Krieg auf. Erst lokal begrenzt auf die Krim  
 10 und die Regionen Luhansk und Donezk, seit dem 24. Fe-  
 11 bruar 2022 auf das ganze Land. Präsident Putin wiederholt  
 12 seither seine Ziele, der Ukraine die Souveränität zu neh-  
 13 men und die demokratische Regierung abzusetzen. Hoch-  
 14 rangige russische Regimevertreter:innen äußern wieder-  
 15 holt Drohungen gegenüber NATO und EU-Staaten, insbe-  
 16 sondere Finnland, den baltischen Ländern und Polen.

17  
 18 Deutschland ist inzwischen in absoluten Zahlen zum  
 19 zweitgrößten Unterstützer der Ukraine hinter den USA ge-  
 20 worden. Das deutsche Engagement in der militärischen  
 21 Unterstützung hilft, das Leben von Ukrainer:innen zu ret-  
 22 ten und ein weiteres Vorrücken der russischen Armee zu  
 23 verlangsamen. Durch den Ausfall der USA ist allerdings ei-  
 24 ne Notlage für die Ukraine an der Front eingetreten und  
 25 Russland hat wieder die Oberhand.

26  
 27 Mit Blick auf die amerikanischen Präsidentschaftswahlen  
 28 im November 2024 und das reale Risiko einer in Frage ge-  
 29 stellten NATO-Bündnisstreue durch einen wiedergewähl-  
 30 ten US-Präsident Donald Trump, steigt die Gefahrenla-  
 31 ge für Deutschland und Europa deutlich. Russlands Ver-  
 32 such, sich Land gewaltsam einzuverleiben, darf nicht er-  
 33 folgreich sein.

34  
 35 Deshalb fordern wir die sozialdemokratischen Mitglieder  
 36 der Bundesregierung sowie die SPD-Bundestagsfraktion  
 37 dazu auf, in der Regierungskoalition folgende Punkte um-  
 38 zusetzen:

- 39  
 40 1. Eine Strategie für die Unterstützung der Ukraine zu  
 41 entwickeln und klar nach außen zu kommunizieren,  
 42 die den **Kriegsgewinn der Ukraine als oberstes Ziel**  
 43 **ausruft**  
 44 2. Vorbildhaft für andere europäische Staaten un-  
 45 verzüglich 20 % des Buchbestandes der Bundes-  
 46 wehr an notwendigem Kriegsgerät und Munition  
 47 an die Ukraine zu liefern. Dazu zählen Taurus-

**Empfehlung der Antragskommission****erledigt durch 67/I/2023 (Kein Konsens)****Konsensvorschlag:**

***Im Interesse Deutschlands, Europas und der regelbasierten Weltordnung muss sich die Ukraine den Krieg gegen die russischen Aggressoren erfolgreich verteidigen..***

Seit zehn Jahren zwingt Russland der Ukraine einen bruta-  
 len und blutigen Krieg auf. Erst lokal begrenzt auf die Krim  
 und die Regionen Luhansk und Donezk, seit dem 24. Fe-  
 bruar 2022 auf das ganze Land. Präsident Putin wiederholt  
 seither seine Ziele, der Ukraine die Souveränität zu neh-  
 men und die demokratische Regierung abzusetzen. Hoch-  
 rangige russische Regimevertreter:innen äußern wieder-  
 holt Drohungen gegenüber NATO und EU-Staaten, insbe-  
 sondere Finnland, den baltischen Ländern und Polen.

Deutschland ist inzwischen in absoluten Zahlen zum  
 zweitgrößten Unterstützer der Ukraine hinter den USA ge-  
 worden. Das deutsche Engagement in der militärischen  
 Unterstützung hilft, das Leben von Ukrainer:innen zu ret-  
 ten und ein weiteres Vorrücken der russischen Armee zu  
 verlangsamen. Durch den Ausfall der USA ist allerdings ei-  
 ne Notlage für die Ukraine an der Front eingetreten und  
 Russland hat wieder die Oberhand.

Mit Blick auf die amerikanischen Präsidentschaftswahlen  
 im November 2024 und das reale Risiko einer in Frage ge-  
 stellten NATO-Bündnisstreue durch einen wiedergewähl-  
 ten US-Präsident Donald Trump, steigt die Gefahrenla-  
 ge für Deutschland und Europa deutlich. Russlands Ver-  
 such, sich Land gewaltsam einzuverleiben, darf nicht er-  
 folgreich sein.

Deshalb fordern wir die sozialdemokratischen Mitglieder  
 der Bundesregierung sowie die SPD-Bundestagsfraktion  
 dazu auf, in der Regierungskoalition folgende Punkte um-  
 zusetzen:

1. Eine **Strategie** für die Unterstützung der Ukraine zu entwickeln und klar nach außen zu kommunizieren, die den **Kriegsgewinn der Ukraine als oberstes Ziel** ausruft
2. Vorbildhaft für andere europäische Staaten **unverzüglich einen substanziellen Teil des Buchbestandes der Bundeswehr an notwendigem Kriegsgerät und Munition an die Ukraine zu liefern**. Dazu zählen u.a. bereits gelieferte Systeme wie Leopard II Panzer, Marder Schützenpanzer, Panzerhaubitzen 2000, MARS II sowie die entsprechende Munition. Außerdem jedwede passende Bewaffnung für die angekündigten F-16 Kampffjets, die von anderen Staaten an die Ukraine geliefert werden, insbesondere Luft-Luft- und Luft-Boden-Raketen mit großer Reichwei-

48 Marschflugkörper, Leopard II Panzer, Marder Schüt-  
 49 zenpanzer, Panzerhaubitzen 2000, MARS II sowie  
 50 die entsprechende Munition. Außerdem jedwede  
 51 passende Bewaffnung für F-16 Kampffjets, die von  
 52 anderen Staaten an die Ukraine geliefert werden,  
 53 insbesondere Luft-Luft- und Luft-Boden-Raketen  
 54 mit großer Reichweite.

55 3. Deutschland und die EU müssen die Rüstungs-  
 56 industrie prioritär ausbauen. Die Bestände der Bun-  
 57 deswehr und Nachschub für die Ukraine müssen  
 58 durch stark beschleunigte Bestellungen aufgefüllt  
 59 und ausgeweitet werden. Russland hat bereits auf  
 60 Kriegswirtschaft umgestellt. Um die Souveränität  
 61 Europas zu erhalten, dürfen europäische Regierun-  
 62 gen nicht länger auf das Beste hoffen, sondern müs-  
 63 sen für das Schlimmste planen.

64

65

#### 66 **Begründung**

67 Russlands Präsident Wladimir Putin bestätigte im Dezem-  
 68 ber 2023 seine Kriegsziele. Er will die Absetzung der demo-  
 69 kratisch legitimierten Regierung der Ukraine, deren Ent-  
 70 waffnung und den ukrainischen Verzicht auf Mitglied-  
 71 schaft in EU und NATO. Dies macht eine Verhandlungslö-  
 72 sung unmöglich.

73 Die Ukraine und die ganze Welt wissen, was das bedeutet.

74 Die Städte Mariupol, Bachmut und Butscha stehen nicht  
 75 nur für Zerstörung und Tod, sondern auch für Vergewalti-  
 76 gung, Folter und die Vernichtung der ukrainischen kultu-  
 77 rellen Identität.

78 Das Ende ukrainischen Souveränität sowie das Ende der  
 79 regelbasierten internationalen Ordnung sind die wahren  
 80 Kriegsziele der russischen Regierung.

81 Warnungen vor einer russischen Invasion der Ukraine im  
 82 Februar 2022 bezeichnete Wladimir Putin als Unsinn. Heu-  
 83 te bezeichnet er Warnungen von einem russischen Angriff  
 84 auf die baltischen Staaten als Unsinn. Gleichzeitig berei-  
 85 tet er, wie schon im Falle der Ukraine, rhetorisch den Kon-  
 86 flikt mit der NATO vor und erklärt, dass sich Russland im  
 87 Krieg mit dem Westen befände. Russland hat bereits auf  
 88 Kriegswirtschaft umgestellt und geht von einem lang an-  
 89 dauernden gewaltsamen Konflikt aus.

90 Es ist deshalb im deutschen Interesse, dass die Ukraine  
 91 den Krieg gewinnt. Die bisherige militärische Unterstüt-  
 92 zung reicht dafür nicht aus. Die aktuelle Situation an der  
 93 Front sieht die Ukraine in einer Notlage. Russland ist wie-  
 94 der in der Offensive. Der russische Terror gegen die Zivilbe-  
 95 völkerung des ganzen Landes durch Luftangriffe geht un-  
 96 vermindert weiter.

97 Das Risiko, dass die amerikanische Unterstützung mit-  
 98 telfristig durch die republikanische Partei im Kongress  
 99 blockiert bleibt und, im Falle eines Wahlsieges Donald  
 100 Trumps, komplett eingestellt wird, ist bereits in Teilen Rea-

te.

3. **Deutschland und die EU müssen die Rüstungs-  
 industrie prioritär ausbauen.** Die Bestände der Bun-  
 deswehr und Nachschub für die Ukraine müssen  
 durch stark beschleunigte Bestellungen aufgefüllt  
 und ausgeweitet werden. Russland hat bereits auf  
 Kriegswirtschaft umgestellt. Um die Souveränität  
 Europas zu erhalten, dürfen europäische Regierun-  
 gen nicht länger auf das Beste hoffen, sondern müs-  
 sen für das Schlimmste planen.

#### **Begründung:**

Russlands Präsident Wladimir Putin bestätigte im Dezem-  
 ber 2023 seine Kriegsziele. Er will die Absetzung der demo-  
 kratisch legitimierten Regierung der Ukraine, deren Ent-  
 waffnung und den ukrainischen Verzicht auf Mitglied-  
 schaft in EU und NATO. Dies macht eine Verhandlungslö-  
 sung unmöglich.

Die Ukraine und die ganze Welt wissen, was das bedeutet.  
 Die Städte Mariupol, Bachmut und Butscha stehen nicht  
 nur für Zerstörung und Tod, sondern auch für Vergewalti-  
 gung, Folter und die Vernichtung der ukrainischen kultu-  
 rellen Identität.

Das Ende ukrainischen Souveränität sowie das Ende der  
 regelbasierten internationalen Ordnung sind die wahren  
 Kriegsziele der russischen Regierung.

Warnungen vor einer russischen Invasion der Ukraine im  
 Februar 2022 bezeichnete Wladimir Putin als Unsinn. Heu-  
 te bezeichnet er Warnungen von einem russischen Angriff  
 auf die baltischen Staaten als Unsinn. Gleichzeitig berei-  
 tet er, wie schon im Falle der Ukraine, rhetorisch den Kon-  
 flikt mit der NATO vor und erklärt, dass sich Russland im  
 Krieg mit dem Westen befände. Russland hat bereits auf  
 Kriegswirtschaft umgestellt und geht von einem lang an-  
 dauernden gewaltsamen Konflikt aus.

Es ist deshalb im deutschen Interesse, dass die Ukraine  
 den Krieg gewinnt. Die bisherige militärische Unterstüt-  
 zung reicht dafür nicht aus. Die aktuelle Situation an der  
 Front sieht die Ukraine in einer Notlage. Russland ist wie-  
 der in der Offensive. Der russische Terror gegen die Zivilbe-  
 völkerung des ganzen Landes durch Luftangriffe geht un-  
 vermindert weiter.

Das Risiko, dass die amerikanische Unterstützung mit-  
 telfristig durch die republikanische Partei im Kongress  
 blockiert bleibt und, im Falle eines Wahlsieges Donald  
 Trumps, komplett eingestellt wird, ist bereits in Teilen Rea-

Hoffnungen auf einen Verhandlungsfrieden im Jahr 2024  
 oder 2025, wie sie Teile der SPD formulieren, bei dem auch  
 China eine wichtige Rolle einnehmen könnte, sind fehlge-  
 leitet. Die chinesische Regierung erklärt beständig ihre be-  
 sondere Nähe und Freundschaft zu Russland. Die chinesi-  
 sche Regierung teilt das Ziel Russlands, die bestehende re-

101 lität geworden.  
102 Hoffnungen auf einen Verhandlungsfrieden im Jahr 2024  
103 oder 2025, wie sie Teile der SPD formulieren, bei dem auch  
104 China eine wichtige Rolle einnehmen könnte, sind fehlge-  
105 leitet. Die chinesische Regierung erklärt beständig ihre be-  
106 sondere Nähe und Freundschaft zu Russland. Die chinesi-  
107 sche Regierung teilt das Ziel Russlands, die bestehende re-  
108 gelbasierte Weltordnung auszuhöhlen und ausschließlich  
109 auf das Recht des Stärkeren zu setzen.

gelbasierte Weltordnung auszuhöhlen und ausschließlich  
auf das Recht des Stärkeren zu setzen.